

Spielberger



Nachrichten

POSTWURFSENDUNG
im Sinne des Parteiengesetzes
19A041731 E



Nummer 41, Juli 2019

Gemeindezeitung der KPÖ

KPÖ

Informationsblatt der steirischen KPÖ. Österreichische Post/AGPostengelt bar bezahlt RM 19A041731E Aufgabe: 8720

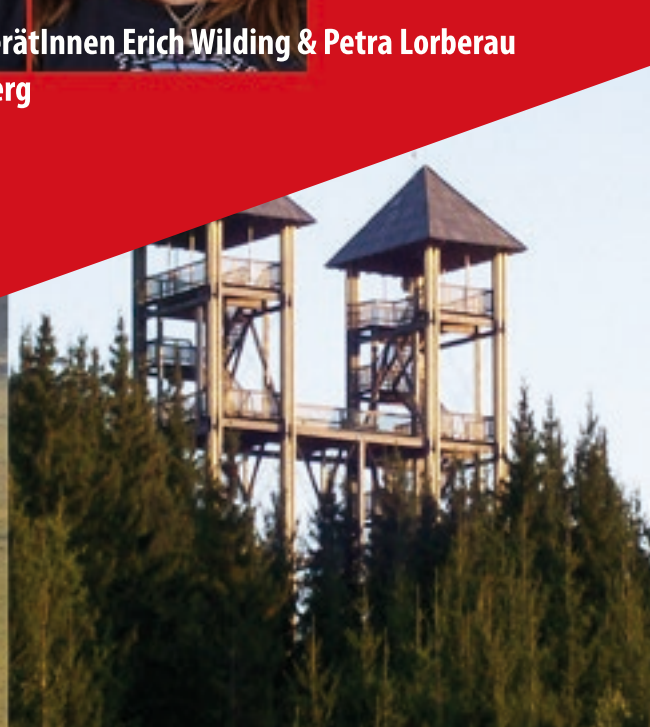
Die KPÖ wünscht

einen schönen und erholsamen Sommer

KPÖ



Ihre KPÖ-GemeinderätInnen Erich Wilding & Petra Lorberau
und die KPÖ Spielberg



Flächenwidmungsplan beschlossen – Kritik bleibt

Der neue Flächenwidmungsplan wurde durch die Fusion von Spielberg und Flatschach notwendig. Nach mehreren Anläufen hat ihn der Gemeinderat nun beschlossen. Wir haben in den Spielberger Nachrichten über unsere Kritikpunkte berichtet, daran hat sich im Wesentlichen nichts geändert.

Die Lärmdaten des Red-Bull-Rings fehlen weiterhin, der Plan orientiert sich auch sonst im wesentlichen an den Bedürfnissen der Wirtschaft. Nachhaltige Überlegungen fehlen, der fortschreitenden Bodenversiegelung wird nichts entgegengesetzt. Die KPÖ hat, als einzige Fraktion, gegen den Flächenwidmungsplan gestimmt.

Unvollständige Daten

Das Land Steiermark hat keine Lärmdaten des Red-Bull-Rings zur Verfügung gestellt. Die KPÖ war von Anfang an der Meinung, dass der Flächenwidmungsplan nur aufgelegt werden kann, wenn alle Daten eingearbeitet werden. Unsere Bedenken in diese Richtung wurden aber nicht aufgegriffen.

Der Flächenwidmungsplan ist eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft. Wenn Grundstücke als Wohngebiet gewidmet werden sollen, darf der Lärm bestimmte Grenzwerte nicht überschreiten. Wenn nicht alle Lärmdaten vorliegen, fehlen also wichtige Voraussetzungen für die Planung. Es kann vorkommen, dass Grundstücke zur Bebauung freigegeben werden, aufgrund der Lärmbelastung aber eigentlich nicht geeignet sind.

Lärm ist gesundheitsschädlich



Lärmgrenzwerte sollen die Menschen vor gesundheitlichen Folgen schützen. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass eine ständige Lärmbelastung das Wohlbefinden und die Gesundheit beeinträchtigen, bis hin zu einer Verkürzung der Lebenserwartung. Die

KPÖ ist der Ansicht, dass Menschen vor einer Schädigung geschützt werden müssen. Dafür ist es notwendig, dass alle Daten eingearbeitet werden damit keine falschen Widmungen erfolgen. Leider wurden kritische Einwendungen, besonders das Thema Lärm betreffend, abgelehnt.

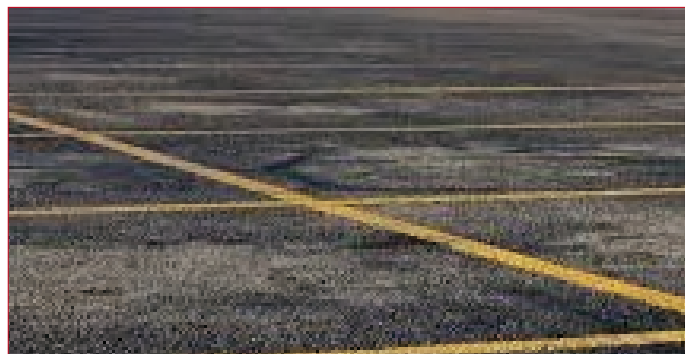
Betroffene statt Verursacher zahlen

Sind Wohngebiete gewidmet und es stellt sich heraus, dass Lärmgrenzwerte überschritten sind, sind Auflagen, wie z.B. Lärmschutzfenster, vorgesehen. Die Kosten dafür tragen die Bauwerber. Das halten wir nicht für fair. Wir wollen, dass bei den Verursachern und nicht bei den Betroffenen angesetzt wird.

Wir haben Vorschläge (Flugeinsatzplan, Lärmschutzwände, Schalldämpfer...) gemacht, die darauf abzielen den Lärm dort zu reduzieren wo er entsteht. Darauf wurde von den anderen Parteien aber nicht eingegangen.

Bodenversiegelung

Die Versiegelung unserer Böden wird immer mehr



zu einem Problem. Boden ist eine Ressource die nicht unendlich vorhanden ist. In Österreich werden täglich 12,9 Hektar versiegelt. Umweltschützerin Hofrätin MMag. Ute Pöllinger hat in ihrer Einwendung darauf aufmerksam gemacht, dass einer großen Fläche an Neuausweisungen als Bauland nur wenige Rückwidmungen gegenüberstehen. MMag. Pöllinger: „Darüber hinaus darf der oberflächliche Umgang mit dem Schutzgut Boden hinterfragt werden.“

Im Falle der Widmung der Campingplätze haben sich die KPÖ-GemeinderätInnen der Stimme enthalten, was laut Gemeindeordnung eine Ablehnung bedeutet. Gemeinderat Erich Wilding hat aufmerksam gemacht, dass der Beschluss eine Nutzung der neuen temporären Campingplätze fünf Tage vor und nach Großveranstaltungen ermöglicht. Bei fünf Events wären das 50 Tage im Jahr. Eine Belastung von AnrainerInnen und Umwelt ist dadurch gegeben. Insbesondere, da es sich bei den Campinggästen nicht um Erholungssuchende handelt, wie das letzte Formel 1 Rennen gezeigt hat.

Als Weichenstellung für die Zukunft unserer Gemeinde soll der Flächenwidmungsplan abbilden in welche Richtung wir uns entwickeln wollen. Öffentlicher Verkehr, nachhaltige Arbeitsplätze, Umweltschutz, Flächenversiegelung und Lärmschutz hätten stärker mitbedacht werden müssen. In Zeiten von Klimakrise und fortschreitender Umwelterstörung, haben SPÖ, ÖVP und FPÖ einen Plan beschlossen, der vor allem auf die Bedürfnisse der Wirtschaft zugeschnitten ist.

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Erich Wilding. Druck: Gutenberghaus, Knittelfeld.



gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr.944, 8720 Knittelfeld

Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!

Klimawandel - Wer zahlt die Zeche?

Die letzte Hitzewelle lässt erahnen, was der Klimawandel für Auswirkungen haben wird, und wie schwer es sein wird die Folgen zu ertragen.

Die Wissenschaft ist sich einig, dass es zu radikalen Veränderungen kommen muss damit unser Planet für Menschen längerfristig bewohnbar bleibt. Damit die Erde kein Wüstenplanet wird, und unsere Nachfahren eine gute Zukunft haben, müssten die Veränderungen jetzt beginnen. Außer schönen Worten und Absichtserklärungen deutet aber wenig daraufhin, dass die Politik die Lage ernst nimmt.

Immer noch werden energieverschwendende Veranstaltungen wie die Airpower mit Steuermitteln gefördert. Immer noch werden energieintensive Großevents, wie die Formel 1, hochgejubelt. Dabei geht es nicht darum, dass das Klima gerettet wäre, wenn diese Veranstaltungen nicht stattfinden. Es geht darum, dass mit solchen Veranstaltungen nach dem Motto „Alles muss immer schneller, größer und stärker werden“ signalisiert wird, dass alles so weitergehen kann wie bisher. Und es wird klar gemacht, dass Wirtschaftsinteressen wichtiger sind als der Klimaschutz.

Dass solche Veranstaltungen aber zunehmend hinterfragt werden ist ein Zeichen, dass sich Viele Gedanken machen und um die Zukunft besorgt sind. Wenn es zu großen Umbrüchen kommt, stellt sich die Frage wer ist schuld und wer bezahlt die Zeche?

Im Jahr 2008 gab es einen großen Umbruch. Die durch Spekulationen hervorgerufene große Wirtschaftskrise bedrohte das kapitalistische Wirtschaftssystem. Daraufhin wurden von den Regierungen tausende Millionen von Euro und Dollar an Steuergeld in Banken und Finanzwelt gepumpt. Der dadurch entstandenen Staatsver-

schuldung folgten Kürzungspakete und Sozialabbau. Durch die Niedrigzinspolitik, die den Unternehmern nützt, verlieren Sparguthaben ständig an Wert – eine schleichende Enteignung der kleinen Sparer. Bei dieser Krise haben nicht die Verursacher, sondern die arbeitenden Menschen die Zeche bezahlt. Bei der Klimakrise ist ähnliches zu befürchten.

Seit Beginn der Industrialisierung steigt der Ausstoß an klimaschädlichen Gasen. Laut österreichischem Umweltbericht sind die Sektoren Energie, Industrie und Verkehr für mehr als 73 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Konzerne und Unternehmungen ziehen aus der Produktion von Waren Gewinn. Durch den Verbrauch von Natur und Ressourcen werden Profite erzielt. Anstatt diese Profite für die Finanzierung des Umweltschutzes heranzuziehen sinken weltweit die Steuern auf Gewinne und Vermögen.

Das Ziel der kapitalistischen Produktionsweise ist die Erzielung von möglichst viel Profit. Ohne Rücksicht auf Ressourcen werden viel mehr Waren produziert als jemals gebraucht werden. Bedürfnisse werden künstlich geweckt, umweltschädigende Produktionen ins Ausland verlagert. Umweltinvestitionen werden nur durchgeführt, wenn sie sich binnen kurzer Zeit rechnen.

Das bedeutet nicht, dass nicht auch jede/r einen Beitrag zum Klimaschutz leisten muss - aber wenn Klimaschutz wirklich greifen soll, muss bei den großen Verursachern und Profiteuren angesetzt werden meint...

KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding
E-Mail: erich.wilding@hotmail.com



Spielberger Nachrichten

Herzlichen Dank

Einige SpielbergerInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. **Wir bedanken uns herzlich!** Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung geben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, IBAN: AT052081526000000617

Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Aber selten wird darüber berichtet.

Unsere Homepage: www.kpoe-steiermark.at

KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook

Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

www.steinbergerhof.at

Tierschutzvolksbegehren



Die KPÖ-Gemeinderatsfraktion unterstützt das Tierschutzvolksbegehren

Derzeit läuft die Einleitungsphase für das Tierschutzvolksbegehren. Für eine tiergerechte Landwirtschaft, Kennzeichnung von Lebensmitteln und mehr Transparenz für KonsumentInnen und ein besseres Leben für Hunde und Katzen, sind einige der Forderungen. Mehr Informationen auf: <https://tierschutzvolksbegehren.at/>.

Die KPÖ-GemeinderätInnen Erich Wilding und Petra Lorberau waren im Rathaus um das Tierschutzvolksbegehren zu unterstützen. Dort kann es unterschrieben werden.

Aus dem Gemeinderat

Prüfungsausschuss

Der Prüfungsausschuss war in seiner letzten Sitzung zum Lokalausweis im Spielberger Bauhof. KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding hat die Ernennung einer Sicherheitsvertrauensperson angeregt. Die KPÖ-Fraktion bedankte sich auch für die gute und wichtige Arbeit der Bauhof-Bediensteten

Citybox-Abfallbehälter

Der Gemeinderat hat den Ankauf von Citybox-Abfallbehältern beschlossen. An diesen Abfallboxen befinden sich Werbeflächen, die die Gemeinde vermieten kann. Außerdem sind sie auch mit Aschenbechern und Hundesackerlspendern ausgestattet.

Neue Straßennamen für Flatschach

In der letzten Gemeinderatssitzung hätten Straßenbezeichnungen und Hausnummern für Flatschach beschlossen werden sollen. Bisher führen Flatschacher Häuser, bis auf eine Straße, die Straßenbezeichnung „Flatschach“ und sind nicht linear durchnummeriert. Dadurch sind einzelne Adressen schwer zu finden. Dieser Zustand ist für ZustellerInnen, aber vor allem für Rettungsorganisationen ein Problem.

Deshalb sollten vor mehr als zwei Jahren im Gemeinderat neue Straßenbezeichnungen beschlossen werden. Damals gab es Proteste gegen dieses Vorhaben und ÖVP-Gemeinderat Franz Braunegger, selbst aus Flatschach, wurde beauftragt unter Einbeziehung der FlatschacherInnen einen neuen Vorschlag auszuarbeiten.

Nachdem keine neuen Vorschläge vorlagen und bis zur Sitzung keine Einwendungen eingelangt sind sollten die Umbenennungen nach dem ursprünglichen Vorschlag beschlossen werden. Gemeinderat Braunegger brachte in der Gemeinderatssitzung plötzlich eine Petition ein, die immerhin von fast 40% der Flatschacher Wahlberechtigten unterstützt wurde, und die Beibehaltung der Straßenbezeichnung „Flatschach“, mit klarer Nummerierung fordert.

In der darauf folgenden Diskussion traten SPÖ und FPÖ dafür ein den Vorschlag der Gemeinde durchzuführen. Nachdem eine Petition vorlag, die von vielen FlatschacherInnen unterstützt wurde und es im Juli ohnehin wieder eine Gemeinderatssitzung geben wird, schlug KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding vor, die Angelegenheit bis zur Gemeinderatssitzung im Juli zu vertagen.

Die Zeit solle genutzt werden um die FlatschacherInnen in die Entscheidung der Straßenbezeichnungen einzubinden und die Notwendigkeit von Straßennamen klar zu machen. In einer Sitzungsunterbrechung einigten sich die Fraktionsführer und der Bürgermeister schließlich auf diese Vorgangsweise.

Interessante Videos auf Youtube:

„Die Anstalt“
politische Satiresendung

Dr. Daniele Ganser
Friedensforscher

Wem kann man heute noch vertrauen?



Antrag der KPÖ angenommen: Gemeinde fordert Neuverhandlung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes

Seit 1. April 2019 gilt in der Steiermark ein neues Modell des ärztlichen Bereitschaftsdienstes, das sowohl bei ÄrztInnen als auch PatientInnen auf heftige Kritik stößt.

Ein verschlechterter Bereitschaftsdienst am Wochenende, ungenügende Auskunft und lange Wartezeiten am Gesundheitstelefon, kein direkter Kontakt mehr zu den ÄrztInnen, riesige Sprengel und andere Kritikpunkte führen dazu, dass viele PatientInnen das neue Modell ablehnen und ÄrztInnen nicht bereit sind mitzuarbeiten.

So berichtete der Zeltweger Bürgermeister, dass kein einziger der Zeltweger praktischen Ärzte sich am neuen System beteiligt. Es gibt deshalb derzeit für das Gebiet keine ärztliche Wochenendbereitschaft.

Die Rücknahme und Neuverhandlung des neuen Systems ist notwendig um die Versorgung unserer Bevölkerung zu sichern. Deshalb hat die KPÖ im Gemeinderat den Antrag gestellt, die Gemeinde solle vom Land die Rücknahme und Neuverhandlung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes unter Einbeziehung der Gemeinden, der örtlichen Ärzteschaft und der Bevölkerung fordern.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Das neue Modell ist eine deutliche Verschlechterung. Es ist wichtig, dass sich breiter Widerstand dagegen regt.

Nachtrag: Widerstand lohnt sich!

Kurz vor Redaktionsschluss unserer Zeitung erreichte uns eine positive Meldung: Auf Grund der vielen Proteste gibt es Verbesserungen. Die Größe der Region 5, zu der Spielberg gehört (von Obdach bis Hohentauern, von Unzmarkt bis ins Lobmingtal) hat zu heftiger Kritik geführt. Nun werden die Regionen Judenburg und Knittelfeld-Trofaiach zukünftig in drei Regionen geteilt, nämlich Judenburg, Trofaiach und Knittelfeld-Zeltweg. Der für den Bereitschaftsdienst abzudeckende Raum wird damit kleiner.

Weiters wird der bisher bestehende Visitedienst an Wochenenden und Feiertagen durch Ordinationsdienste in jeder Region mit Öffnungszeiten von 08:00



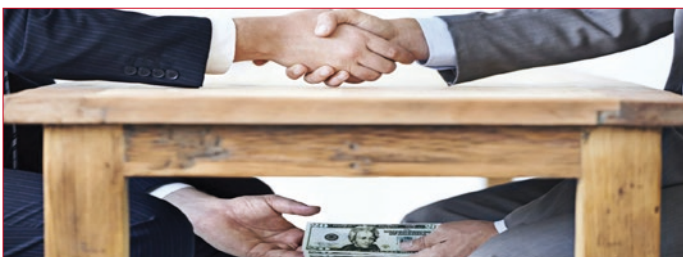
Widerstand lohnt sich: Die riesige Region 5, zu der Spielberg gehört, wird auf Grund der vielen Proteste verkleinert

bis 11:00 Uhr ergänzt. Somit gibt es in diesen drei Stunden die Möglichkeit eine geöffnete Bereitschafts-Praxis aufzusuchen.

Andere Kritikpunkte, wie dass es zwischen Mitternacht und 7.00 Uhr keinen ärztlichen Bereitschaftsdienst mehr gibt, oder dass es außer dem neuen Angebot der Bereitschaftsarztpraxen keinen direkten Kontakt mehr zum Bereitschaftsarzt, sondern nur das Gesundheitstelefon gibt, bleiben aber aufrecht.

Nun gibt es auf Grund der lautstarken Proteste einige Verbesserungen. Das ist positiv. Traurig ist nur, dass es erst massiven Protest gebraucht hat um Änderungen zu erreichen. Schon bei der Vorstellung des neuen Modells gab es ernste Bedenken. ÄrztInnen, die KPÖ und andere Gruppen hatten ernsthafte Kritikpunkte. Die wurden vom zuständigen ÖVP-Landesrat Christopher Drexler leider ignoriert. Dahinter steht wie so oft - die Arroganz der Macht und die Vorstellung: „Wir wissen schon was für euch gut ist.“

Schaden durch Korruption gestiegen



Österreich hat ein Korruptionsproblem. Der Ibiza-Skandal um Ex-Vizekanzler Strache ist nur die Spitze des Eisbergs.

In den Jahren 2016 bis 2019 ist der Schaden durch Korruption von 661 Millionen auf 3,2 Milliarden gestiegen. Die Zahl der Anzeigen stieg von 37.300 auf 41.000. Im Bereich der Korruption ist auch die Aufklärungsquote vergleichsweise gering. Sie sank von 64 auf 60%, bei Fällen von Amtsgeheimnisverletzungen liegt sie gar nur bei 45%. Wie viele PolitikerInnen in Korruptionsfälle verwickelt sind, lässt sich leider nicht ermitteln. Anstatt bei den Milliarden, die dem Staat durch Korruption verloren gehen anzusetzen, wurde die Anzahl der Steuerprüfer verringert!

Niedrige Inflationsrate - niedrige Löhne, Gehälter und Pensionen

Die Inflationsrate lag im Mai bei 1,7 Prozent. Das klingt auf den ersten Blick nicht schlecht. Der tägliche Einkauf lässt uns schnell wieder in der Realität ankommen.



Was man täglich braucht, Wohnung, Lebensmittel oder Energie, wird immer teurer. So stiegen die Wohnkosten um stolze 3,3 Prozent, elektrischer Strom (plus 2,9 Prozent) und Dieseltreibstoff (plus 2,5 Prozent). Preisdämpfend wirkten Notebooks/Tablets, die um 11,2 Prozent weniger kosteten als vor einem Jahr, und Flugtickets (minus 9,1 Prozent) sowie Flugpauschalreisen (minus 3,1 Prozent).

Außerdem wird der Warenkorb, aus dem sich die Inflationsrate berechnet, schleichend verändert. Wenn Rindfleisch teurer wird, Putenfleisch aber billig ist,

Asfinag, ÖBB: FPÖ-Ex-Minister Hofer erhöht Gagen

Die FPÖ hat bei Asfinag und ÖBB eine massive Umfärbelung der Aufsichtsräte betrieben. Viele Posten wurden mit FPÖ-nahen Personen besetzt. Kurz vor seinem Ausscheiden hat der ehemalige FPÖ-Infrastrukturminister Norbert Hofer die Gagen für die Aufsichtsräte von ÖBB und Asfinag kräftig erhöht und das rückwirkend für das Geschäftsjahr 2018.

Aufsichtsräte der ÖBB-Holding bekommen nun statt 9.000 Euro pro Jahr als Basisgage 14.000 Euro. Das Sitzungsgeld wurde von 200 auf 800 Euro pro Treffen und Person erhöht. Auch die Gagen der Aufsichtsräte der Asfinag wurden von 4.000 auf 8.000 Euro deutlich gesteigert, ebenfalls rückwirkend für 2018. Die Aufstockungen gelten auch für Tochterkonzerne der Bahn. Die FPÖ handelt hier ganz nach dem Motto: „**Euer Geld für unsere Leut**“.

Die für heuer geplanten Gemeinderatssitzungen:

18. Juli, 26. September, 12. Dezember
Gemeinderatssitzungen sind öffentlich und können von interessierten BürgerInnen besucht werden.

so erhöht man einfach die Gewichtung des Putenfleisches zu Lasten von Rindfleisch. Diese Schönfärberei ist kein Zufall, denn die Höhe der Inflationsrate hat große Bedeutung, z.B. bei Lohnverhandlungen oder den Pensionserhöhungen.

Künstlich niedrig gehaltene Inflationsraten ersparen den Unternehmern deutliche Gehaltserhöhungen und dem Staat ausreichende Pensionserhöhungen. Die niedrig angegebenen Inflationsraten verdecken auch, wie sehr Sozialleistungen, wie Pflegegeld oder Familienbeihilfe, an Wert verloren haben.

Die Steuergrenzen der Lohnsteuer werden nicht automatisch mit der Inflation hinaufgesetzt. Wegen dieser so genannten „kalten Progression“ bleibt von so mancher Lohnerhöhung wenig übrig. Jedes Jahr nimmt der Staat auf diese Weise immer mehr Lohnsteuer ein. Die Lohnsteuereinnahmen wuchsen von Jänner bis April 2019 um 5,3 Prozent.

Es gibt immer mehr Menschen, die von ihrem Einkommen nicht mehr leben können. Die mageren Pensionserhöhungen in den letzten Jahren waren ein völlig ungenügender Ausgleich für die Teuerung. Die Realeinkommen der arbeitenden Menschen sinken seit dem EU-Beitritt ständig. Die Teuerung frisst den Lebensstandard der „NormalverdienerInnen“ auf. Die KPÖ tritt für Mietzinsobergrenzen und die Wiedereinführung der amtlichen Preisregelung für Grundnahrungsmittel, Treibstoffe und Energie ein. Außerdem braucht es einen gesetzlichen Mindestlohn, von dem man gut leben kann.

Neuwahl: Was dahinter steckt



Das Ibiza-Video macht es möglich: Einen kurzen Augenblick lang haben wir hinter die Kulissen der großen Politik schauen dürfen. Und es ist kein gutes Bild, das uns da geboten wird.

In einem Punkt sind die meisten Parteien nämlich gleich: Sie lassen sich ihre Politik von der Wirtschaft, den Banken und den großen Spendern vorschreiben. Wer von den Millionen abhängig ist, die ihm Milliarden spenden, für den steht das, was die Leute wollen, ganz bestimmt nicht an erster Stelle. Das sind die Tatsachen.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Geld und Macht nicht alles bestimmen. Der Platz der KPÖ ist auch unter den neuen Bedingungen an der Seite der arbeitenden Menschen. Daran sollte man in den nächsten Wochen denken, wenn ein schmutziger Wahlkampf viele wichtige Fragen in den Hintergrund drängt.

Droht ein neuer Golfkrieg?

In den letzten Wochen ist das Säbelrasseln am Persischen Golf wieder stärker geworden. Ein Krieg zwischen den USA und ihren Verbündeten auf der einen Seite und dem Iran auf der Anderen ist alles andere als unwahrscheinlich.

Der Mittlere Osten ist seit Jahrzehnten von Konflikten um Öl und Einflussphären geprägt. Über eine Million Menschen wurden schon getötet. Allein in und aus Syrien mussten acht Millionen fliehen. Eine weiterer Krieg wird die Katastrophe verschärfen.

Der Iran hat über 80 Millionen EinwohnerInnen. Wieviel Leid ein neuer Krieg für die Bevölkerung bringt und was es bedeutet, wenn ein großer Teil davon flüchten muss, will man sich gar nicht vorstellen.



Es braucht eine weltweite Friedensbewegung! In Österreich müssen wir uns jedenfalls dafür einsetzen, dass es keine Unterstützung für die NATO gibt, auch nicht in Form von Überflugsrechten.



Tod am Bau: Arbeiter stirbt bei Hitze



Im Burgenland ist ein Bauarbeiter aufgrund der Hitze kollabiert und darauf gestorben. Arbeitsrechtliche Regelungen müssen an die geänderten Klimabedingungen angepasst werden.

Derzeit gilt zwar, dass ab 32,5 Grad am Bau nicht mehr gearbeitet werden soll. Die genaue Festlegung liegt aber beim Arbeitgeber. In anderen Branchen gibt es überhaupt keine gesetzlichen Regelungen. Wir fordern ein Verbot für schwere körperliche Arbeiten bei so heißen Temperaturen.

Für Katastrophenschutz statt Prestigeprojekte

Umweltzerstörung und Klimawandel äußern sich auch darin, dass Umweltkatastrophen wie schwere Stürme, Überschwemmungen oder Waldbrände häufiger auftreten. In solchen Situationen ist die Unterstützung der Pioniere des Bundesheeres oft unverzichtbar. Für die Steiermark wäre eine neue Pionierkompanie geplant gewesen.

Das Projekt wurde nun auf Eis gelegt. In den letzten Jahren wurden beim Bundesheer vor allem Prestigeprojekte gestartet ohne darüber nachzudenken woher das Geld dafür kommen soll. Leistungsshow am Heldenplatz, gefährliche und neutralitätswidrige Auslandseinsätze, wie in Mali, Tschad oder Afghanistan und eine „Sicherheitsschule“ sind Beispiele dafür.

Der neue Verteidigungsminister Thomas Starlinger wollte nun einige dieser Projekte einsparen. Im Falle von Airpower und „Sicherheitsschule“ konnte er sich nicht durchsetzen. Die so wichtige Pionierkompanie wird es aber wegen Geldmangel nicht geben.

Die KPÖ versteht diese „Prioritätensetzung“ nicht. Wir meinen das Bundesheer muss seinen Auftrag zum Schutz der Bevölkerung wahrnehmen. Es soll keine Großveranstaltungen wie die Airpower finanzieren, die vor allem Werbung für die Rüstungsindustrie ist.

In Zeiten des Klimawandes ist eine solche Veranstaltung, bei der hunderttausende Liter an Treibstoffen verbrannt werden, wie ein Schlag ins Gesicht für alle, die sich Sorgen um unsere Umwelt und die Zukunft der Menschheit machen.

KPÖ-Stammtisch

Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat
wieder ab 18. September
im KPÖ-Parteiheim,
Friedensstraße 10, Knittelfeld
ab 18.00 Uhr

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher, DSA Karin Gruber

Dienstag, 16. Juli

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 11.00 bis 13.00 Uhr,
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

**Peacehour
statt
Airpower**



**Klimaschutz
statt
Fliegerschmutz**

Mit Prof. Dr. **Helga Kromp-Kolb**,
Klimaforscherin

Mi. 04. September, Beginn: 18:30 Uhr

Weißer Saal, Kulturhaus Knittelfeld

Wir laden herzlich ein!



Im September findet wieder eine Airpower statt. Wie bei jeder Airpower wird es wieder eine Gegenveranstaltung dazu geben. Wir laden Sie herzlich dazu ein!

Mit uns kandidieren!

Im Frühjahr 2020 wählen wir wieder einen neuen Gemeinderat. Das ist eine wichtige Wahl, denn die Gemeindepolitik betrifft uns unmittelbar. Leider erleben wir oft Freunderlwirtschaft und machtpolitische Spielchen auf dem Rücken der Menschen. Die KPÖ spielt da nicht mit. Wir haben ein offenes Ohr für die wirklich wichtigen Anliegen der Menschen.

Wir ergreifen mit den Menschen vor Ort Initiativen für konkrete Anliegen. Wir schauen hin, wo andere wegschauen. **Und wir tragen Informationen nach außen, die sonst hinter verschlossenen Türen verborgen bleiben.**

Damit wir noch mehr frischen Wind in die Gemeinderäte bringen können, brauchen wir viele mutige MitstreiterInnen.

Sie möchten in unserer Gemeinde eine starke Stimme für die Menschen sein? **Dann kandidieren Sie bei der nächsten Gemeinderatswahl mit der KPÖ!**

Kommen Sie vorbei oder melden Sie sich bei uns!

Friedensstraße 10, Knittelfeld, Telefon: 03512/82240, Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at oder bei unseren GemeinderätInnen in Knittelfeld, Spielberg und Zeltweg.

